-int

rechtsanwalt

But Modernada Abandiranggang di Baakh Shengdada

Verwaltungsgericht Darmstadt Julius-Reiber-Str. 37

D 64293 Darmstadt

Basic Mohrmani Rechtwesscalt Pachaniwah Sir Verwaltungsischt Fachaniwah für Sunfriche

k stalovaleda k Gatemata Gatas

Gezichtsfach 72

Fox (6) \$10 (\$33.0 Fox (6) \$10 (\$33.1)

หิสะเรียก็ผู้รัฐการกำหายกุนเรีย พระพบสะเซอส์สาการสะเสีย

Darmstadt, den 22.08.2016

Unser Zeichen: 1-16-V-0149-mg/do

In dem Verwaltungsstreitverfahren

AfD Fraktion im Kreistag Darmstadt-Dieburg ./ . Landkreis Darmstadt-Dieburg

- 3 K 1334/16.DA-

ist zunächst richtig, daß sich die Klage gegen den Landkreis Darmstadt-Dieburg vertreten nicht durch den Landrat sondern vertreten durch den Kreisausschuß des Landkreises Darmstadt-Dieburg richtet.

Das Rubrum bitte ich entsprechend zu berichtigen.

Der Klägerin war bisher bekannt, daß sämtliche Fraktionen ein Büro im Kreistag haben, unbekannt war der Klägerin, daß dies für die Partei Die Linke nicht gilt, dies mag Gründe haben, die mit der freien Entscheidung der Partei zu tun haben.

Die Klägerin hat nicht verlangt daß der "Großkopierer" vor die Tür gestellt wird, sondern daß den Fraktioners gegebenenfalls ein anderer Kopierraum außerhalb des Traktes IV zur Verfügung gestellt wird. Welche Bediensteten der Kreisverwaltung in Trakt IV arbeiten, mag die Beklagte dadegen, im Erdgeschoß des Traktes IV sind ausschließlich die Geschäftsräume der Fraktionen untergebracht.

Beweis: Ortoberichtigung

Der streitige Raum 4001 dient im tibrigen nicht der Kreisschüßervertretung für Streingen und Besprechungen, der Raum ist vielmehr nach wie vor leer, es stahen dort 2 Stühle und der Kopierer. Über den Raum 4006 diskutieren wir nicht.

Die Ausführungen der Beklagten zu diesem Raum sind zumindest nachvollziehbar.

Vorkhark Destrictade IMAN UR26 S689 0800 BROUTUSE QU BIO CRORODER IVS D Pordernk Frankfors (Dan 0030 306) ober 0634 1996/98 BFC 06N3108FP Daß es insgesamt eine erhebliche Raumknappheit gibt, mag sein, diese Raumknappheit betrifft allerdings nicht den Trakt IV, denn dort steht bekanntlich ein Raum leer. Ansonsten dreht sich die Diskussion natürlich im Kreis.

Was die zivilrechtlich geschlossenen Mietverträge mit den anderen Fraktionen angeht, so verlangt die Klägerin ja nicht daß dort irgendwelche Verträge gekündigt werden. Sie können aber, sofern sie die Zurverfügungstellung eines Kopierraumes angeht unter Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung – und zur diesen streiten wir hier – angepaßt werden.

Dem Antrag an den Kreiswahlleiter, die Wohnanschrift der Kandickten durch Erreichbarkeitranschriften zu ersetzen ist vom Kreiswahlleiter übrigans stattgegeben worden.

Wenn es der Beklagten gelingt, der Klägerin zum 1.9.2016 einen Raum zur Verfügung zu stellen, könnte sich der Rechtsstreit erledigt haben.

Hans Mohrmann Rechtsanwalt